

**Belebung oder Verkehrsbehinderung - geteilte Meinungen zur Gastronomie auf Gehwegen.** Nach Ansicht der FDP-Fraktion Charlottenburg-Wilmersdorf hat sich während der Coronakrise die „weitreichende Nutzung der Gehwege“ durch Lokale bewährt. Die Bewirtung auf zusätzlichen Freiflächen habe zu einer „Belebung“ geführt, ohne dass es zu nennenswerten Einschränkungen für Fußgänger gekommen sei. Deshalb solle das Bezirksamt die bis zum Jahresende befristeten Sonderregeln bei der Nutzung öffentlichen Straßenlands „dauerhaft festschreiben“, verlangte die FDP in einem [BVV-Antrag](#).

**Doch dieser scheiterte** in der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Bürgerdienste, Wirtschafts- und Ordnungsangelegenheiten. Grünen-Fraktionschef **Christoph Wapler** sagte, die Gastronomie auf größeren Teilen der Bürgersteige gehe „zu Lasten der schwächsten Verkehrsteilnehmer(innen)“ – nämlich Fußgängern, Rollstuhlfahrern und Eltern mit Kinderwagen. Leider habe das Bezirksamt die Erlaubnis ohne Rücksprache erteilt und die BVV-Mehrheit den Wunsch der Grünen abgelehnt, Wirten stattdessen die Nutzung von Autoparkplätzen zu erlauben.

**Der SPD-Fraktionsvorsitzende Alexander Sempff** machte deutlich, es gebe „auch negative Stimmen“ zur momentanen Praxis. Die sogenannten Ober- und Unterstreifen der Gehwege würden nun oft „zusammenwachsen“, was aber nicht das Ziel sein könne. Denkbar sei höchstens, die Sonderregeln in Kraft zu lassen, solange die Coronakrise anhält.

**„Pandemiebedingte Ausnahmen“** dürften nicht zum „Einfallstor“ für unerwünschte Entwicklungen werden, fand auch Wirtschafts- und Ordnungsratsrat **Arne Herz** (CDU). Er kündigte jedoch an, die Erleichterungen für Wirte über zumindest das Jahresende hinaus zu verlängern. Zumindest in den nächsten Wochen werden die Regeln natürlich keine Rolle mehr spielen, weil alle Restaurants ab Montag bis Ende November nur noch Liefer – und Abholdienste anbieten dürfen.

**Auf großes Unverständnis** stieß die FDP-Forderung, ab dem Jahresbeginn 2021 wieder Sondernutzungsgebühren zu erheben. Diese erlässt der Bezirk den Gastronomen seit einigen Monaten bei der Gehwegnutzung, um sie in der Krise zu unterstützen. Stadtrat Herz und andere Redner betonten, der Vorschlag der Freidemokraten stehe im absoluten Widerspruch zu diesem erklärten Ziel.